



**Projektländer: Jordanien, Syrien, Libanon**

**Quartal / Jahr: April bis Juni 2010**

## **1. Schlagzeilen:**

### **1.1 Jordanien**

- König Abdullah II. unterzeichnet neues Wahlgesetz
- Jordanische Regierung gibt Termin für vorgezogene Parlamentswahlen bekannt
- Europäische Union attestiert Jordanien Fortschritte bei Reformbemühungen
- Deutscher Außenminister führt Gespräche mit König Abdullah II.

### **1.2 Libanon**

- Israel begründet die Errichtung eines neuen Schutzschirmes für Kurzstreckenraketen u.a. mit dem Schmuggel von nordkoreanischen Scud-Raketen in den Südlibanon
- Libanesische Regierung beabsichtigt Reformen zur Reduzierung der Verschuldung
- Libanesische Zentralbank erwartet für 2010 ein Wirtschaftswachstum von 7-8 Prozent

### **1.3 Syrien**

- Syrien überwindet erste Hürde auf dem Weg zur Mitgliedschaft in der WTO
- Russischer Staatspräsident trifft den Führer der Hamas zu Gesprächen in Damaskus

## **2.1 Jordanien:**

Die Voraussetzungen für Neuwahlen, so wie sie König Abdullah II. im Rahmen der Auflösung des Parlaments am 23. November 2009 gefordert hatte, sind geschaffen. Seine Vorgaben, vor Festlegung des Wahltermins das bestehende, aus dem Jahre 1993 stammende Wahlgesetz zu überarbeiten und die Wahlen innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten durchzuführen, wurden eingehalten.

Mit der Verabschiedung des neuen (aufgrund der fehlenden Zustimmung des Parlaments zeitlich befristeten) Wahlgesetzes durch die jordanische Regierung und mit dessen Unterzeichnung am 18. Mai 2010 durch den König steht den für den 09. November 2010 angesetzten Neuwahlen formal nichts mehr im Wege. Gleichwohl sind die nationalen und internationalen Reaktionen auf das neue Gesetz als zwiespältig zu bezeichnen, was aufgrund der Tatsache, dass die Interessen und Erwartungen von Opposition und Regierung sehr unterschiedlich waren, nicht wirklich überrascht.

Politische Macht wird nicht nur in Jordanien von jeher als etwas verstanden, das man auch für private Zwecke sowie zum Wohl der Familie und des eigenen Stammes zu nutzen hat. Zurückliegende Korruptionsfälle sowie in relativ kurzer Zeit zu Wohlstand und Reichtum gekommene frühere Abgeordnete und Minister geben diesbezüglich Beispiel. Auch aktuell läuft gerade wieder ein Prozess, in dem es um die Ausschreibung und die Vergabe des Auftrags für den Ausbau der einzigen nationalen Raffinerie geht und auf die Repräsentanten aus Politik und Wirtschaft versucht haben sollen Einfluss zu nehmen. Der Versuch, über

diesen Vorfall und den Prozess den Mantel des Schweigens - in Form von 'Berichtsverboten' für die Presse - zu legen, spricht nicht für die immer wieder propagierte Offenheit und Transparenz, gleichwohl man andererseits attestieren muss, dass der Fall immerhin vor Gericht gekommen ist (was in vergleichbaren Fällen in der Vergangenheit nicht immer der Fall war). Die Abgeordneten des im November 2009 aufgelösten Parlaments hatten dem Vernehmen nach zunehmend ihre eigenen Interessen im Sinn (und das obwohl die Probleme Jordaniens in Folge der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise seit Ende des II. Halbjahrs 2008 von Woche zu Woche größer und deren Auswirkungen spürbarer geworden sind) und darüber das Wohl des Landes und seiner Bürger sowie die nationalen Interessen aus den Augen verloren, weshalb die Auflösung des Parlaments am Ende von nicht wenigen Bürgern nicht nur begrüßt, sondern sogar gefordert worden war. Nicht selten wurden und werden Kandidaten für politische Ämter nur aus den eingangs genannten Gründen von ihren (Groß-) Familien unterstützt und von den Mitgliedern ihres Stammes gewählt und es deutet nichts darauf hin, dass dies bei den anstehenden Parlamentswahlen im November 2010 anders sein wird (zumal bei verschiedenen Anlässen in den zurückliegenden Monaten zu beobachten war, dass so genanntes 'Stammes- und Familiendenken' wieder stärker als bisher Entscheidungen beeinflusst hat. Aus Sicht des Berichterstatters ist dies auch ein Zeichen dafür, dass der Staat den Bedürfnissen seiner Bürgerinnen und Bürger zunehmend nicht gerecht wird, weshalb diese wieder stärker die Familien- und Stammesbindungen suchen).

Das neue Wahlgesetz verfügt so wenig wie das alte über Mechanismen, die ein solches Wahlverhalten unterbinden oder zumindest einschränken können, und aus den weiter unten genannten Gründen könnte man sogar geneigt sein zu unterstellen, dass ein solches Wahlverhalten bis zu einem gewissen Grad sogar gewünscht ist, da dadurch die Stellung der gegenüber dem Königshaus im Großen und Ganzen loyalen Stämme (zumindest wenn sie sich ausreichend alimentiert und beachtet fühlen) gegenüber einer überwiegend palästinensischstämmigen Wählerklientel in den größeren Städten des Landes, die teilweise andere politische Ziele verfolgt, gestärkt wird (bis sich vielleicht eines Tages ein familien- und stammesübergreifendes Nationalbewusstsein manifestiert was jedoch ganz wesentlich davon abhängen dürfte, ob und in welchem Umfang der Staat den Bedürfnissen seiner Bürgerinnen und Bürger gerecht wird, d.h., er Chancengleichheit, vor allem aber Arbeitsplätze sowie ein allen Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen offen stehendes Gesundheits- und Bildungssystem gewährleisten kann und so der Schutz und die Obhut der Familie bzw. des Stammes nicht mehr so von Bedeutung ist, wie es bis heute der Fall und für den Einzelnen vielfach auch notwendig ist. Die tribalen Strukturen, die weit älter sind als der Islam - die aus der Anfangszeit des Islam bekannten Dynastien der Ommayaden, der Abbasiden, der Fatimiden und auch der Haschemiten sind nichts anderes als Dynastien, die auf tribalen Strukturen bestanden haben bzw. bestehen und auch das saudische Königshaus, die Dynastie der al-Sauds, die sich vom König abwärts durch alle Ministerien und Schlüsselpositionen des Landes zieht, ist letztlich als nichts anderes zu bezeichnen -, sind sowohl die Ursache als auch die Folge eines schwachen Nationalstaates).

Durch ein Wahlverhalten das sich an den Vorgaben der Familie bzw. des Stammes orientiert wird einmal mehr deutlich, wie schwach die nationale Identität, d.h. das Nationalbewusstsein und damit verbunden das Bekenntnis, Jordanier zu sein, ausgeprägt ist. Die von König Abdullah II. schon vor Jahren ausgerufene Kampagne 'Jordan First' hat insofern nicht den Erfolg gebracht, den man sich in Bezug auf die Schaffung eines Nationalbewusstseins erhofft hatte. Man fühlt sich bis heute zuerst der Familie, dann dem Stamm und dann erst dem Land verpflichtet. Diesem Thema hat sich erst jüngst, aus Anlass der Fußballweltmeisterschaft in Südafrika, wieder eine Reihe von Journalisten angenommen. In verschiedenen Artikeln haben sie das Fehlen einer nationalen jordanischen Identität beklagt und diesen Mangel u.a. damit begründet, dass es einfach an Anlässen wie z.B. einer regional oder gar überregional erfolgreichen Sportmannschaft oder auch anderen herausragenden Leistun-

gen fehlt, die geeignet sind, die Bürger Jordaniens auf ihr Land stolz sein zu lassen (stolz auf das Land, nicht nur die Familie und/oder den Stamm). Die Frage, warum dieses Thema gerade jetzt wieder aktuell geworden ist, ist relativ einfach zu beantworten. Während der Spiele in Südafrika war in Jordanien - wie vermutlich in vielen anderen Ländern auch - zu beobachten, wie hier lebende Ausländer (z.B. Brasilianer, Franzosen, Engländer, Spanier, Deutsche) sich aus Anlass der Spiele ihrer Nationalmannschaften in Fangruppen zusammengeschlossen haben, sich mit Nationaltrikots und anderen Fan-Accessoires ausgerüstet haben und so bei den auch in Jordanien mittlerweile üblichen Public-Viewing-Veranstaltungen ihre Mannschaften lautstark (und friedlich) unterstützt haben. In Ermangelung eines eigenen Nationalteams war zu beobachten, wie sich jordanische Fußballfans, deren Zahl nicht gering ist (viele Jordanier verfolgen regelmäßig die verschiedenen Fußballligen in Italien, Spanien, England und Deutschland), enthusiastisch und - je nach persönlicher Vorliebe - mehr oder weniger in den Farben ihres favorisierten Nationalteams gekleidet, die Spiele verfolgt haben. Beim Betrachten dieser Bilder, die die Begeisterungsfähigkeit und den teils überschwänglichen Enthusiasmus, zu dem die Menschen auch in Jordanien in fähig sind (selbiges war erst vor wenigen Monaten auch in Ägypten zu beobachten gewesen, als das ägyptische Fußballnationalteam zum dritten Mal afrikanischer Meister geworden ist), haben sich vermutlich nicht nur die vorgenannten Journalisten die Frage gestellt was wäre, wenn diese Menschen einmal so auf ihr Land Jordanien stolz sein würden und sich als eine Nation, als Jordanier, verstehen würden (dem Berichterstatter ist spontan nur eine Situation erinnerlich, in der sich fast ausnahmslos alle Bürger Jordaniens unter ihrer Nationalflagge versammelt haben, und das war im Jahre 1999 nach dem Tod des damaligen Regenten von Jordanien, *Königs Hussein II.*). Die Realität ist derzeit noch eine andere und einige Gründe, warum das so ist, hat der Berichterstatter benannt (traditionell starke Familien- und Stammesbindungen einerseits sowie andererseits das bisherige Versagen der Politik, ein politisches, wirtschaftliches und aus gesellschaftliches Umfeld so zu schaffen, dass die traditionellen Familien- und Stammesbindungen für den Einzelnen nicht mehr in dem Umfang für seine Existenz von Bedeutung sind, wie sie es bis heute sind). Ein weiterer Grund, warum das Entstehen einer nationalen Identität in Jordanien so schwierig ist, ist aus der Sicht des Berichterstatters in den verschiedenen militärischen Auseinandersetzungen der zurückliegenden sechs Jahrzehnte, die in der Region immer wieder stattgefunden haben und die nicht selten zur Folge hatten, dass Jordanien - als kleines Land mit sehr begrenzten Ressourcen - davon mehr oder weniger stark davon betroffen war und sei es nur, als das es die verschiedenen Flüchtlingsströme hat aufnehmen müssen, zu sehen. In einigen Fällen zeitlich befristet (wie zuletzt im Verlauf des Irak-Krieges von 2003), in einigen Fällen aber auch langfristig und vermutlich sogar dauerhaft (wie nach den verschiedenen militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und den Palästinensern). Dass diese Flüchtlingsbewegungen, denen Jordanien sich nie hat entziehen können, nicht geeignet waren, die Bildung eines nationalen Bewusstseins oder gar einer nationalen Identität zu unterstützen, dürfte nachvollziehbar sein. Darüber hinaus darf man nicht vergessen, dass es Jordanien als unabhängiges und eigenständiges Land erst seit 1946 gibt (zuvor, d.h. von 1923 - 1946, stand das damalige Emirat Transjordanien unter britischem Mandat). Davor wurden die Beduinenstämme des Landes, die sich, wie wir nicht erst seit den Berichten von Lawrence von Arabien wissen, nicht selten in freundlicher Abneigung verbunden waren und auch heute teilweise noch sind (über diesbezügliche Auseinandersetzungen im Jahre 2009, die in mehreren Regionen des Landes stattgefunden haben, wurde berichtet), über mehrere Jahrhunderte mehr oder weniger von den Türken regiert bzw. dominiert.

Der einzige dem Berichterstatter bekannte Versuch, arabische Nationalstaaten - auf der Basis der arabischen Sprache und damit überkonfessionell - zu gründen, basierte auf der Ideologie des Panarabismus, einer arabisch-nationalistischen Ideologie. Als dessen Ausgangspunkt ist die Revolte des Scherifen von Mekka gegen das osmanische Reich zu sehen, die im Jahre 1917 begann auch schnell erste Erfolge erzielt hat (z.B. die Errichtung eines Königiums im Hedschas, auf der arabischen Halbinsel). Der Panarabismus konkurrierte

lange Zeit mit dem Panislamismus, der nicht die arabische Sprache sondern die islamische Religion als gemeinsame Klammer aufweist (der Panislamismus hat nicht zuletzt aufgrund der Unterstützung durch Saudi-Arabien zunehmend an Bedeutung gewonnen, während die panarabische Idee nach 1961 zunehmend an Bedeutung verloren hat und 1967 schließlich in sich zusammengebrochen ist). Aus dem Panarabismus entwickelte sich ab ca. 1919 der arabische Nationalismus, dessen Ziele auch die Arabische Liga, die 1945 gegründet worden ist, verfolgt. Gamal Abdel Nasser war es schließlich der dem arabischen Nationalismus in Ägypten den Rang einer Staatsideologie verlieh. Ihm schwebte ein vereinigter arabischer Staat als 'Dritter Weg' zwischen den beiden Supermächten UdSSR und USA vor. Außer einer kurzen Phase der Vereinigung der beiden Staaten Syrien und Ägypten zur Vereinigten Arabischen Republik (von 1958 - 1961), deren Staatspräsident Nasser war, blieb es jedoch überwiegend bei den Gedankenspielen des als charismatisch zu bezeichnenden Nasser. Mit der Auflösung der Vereinigten Arabischen Republik im Jahre 1961 war das Experiment eines arabischen Staates als gescheitert zu betrachten.

Darüber hinaus galt es, bei der Überarbeitung des Wahlrechtes Sicherheit und Stabilität (und wohl auch politische Berechenbarkeit gegenüber dem Ausland) gegenüber größeren politischen Einfluss- und Partizipationsmöglichkeiten abzuwägen. Auch wenn sich Stabilität und Sicherheit einerseits sowie politische Partizipation und Einflussnahme andererseits nicht grundsätzlich ausschließen (im Gegenteil, vielfach sind politische Partizipation und Einflussnahme gerade ein Garant für ein Mehr an Sicherheit und Stabilität), so wäre die Abkehr von dem in Jordanien bestehenden Mehrheitswahlrecht in Verbindung mit dem 'one person - one vote' Prinzip bzw. die Einführung eines wie auch immer gearteten Verhältniswahlrechtes in der gegenwärtigen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage vermutlich mit Unwägbarkeiten verbunden gewesen, die die jordanische Regierung und auch das Königshaus - aus nachvollziehbaren Gründen - nicht in Kauf zu nehmen bereit waren. Da die wahlberechtigten Jordanier palästinensischer Abstammung gegenüber den so genannten 'Trans-Jordanern' in der Mehrheit sind und darüber hinaus nicht geringe Teile der Bevölkerung (überwiegend - aber nicht nur - sind dies Jordanier, die palästinensischer Abstammung sind) sich eher den Zielen der jordanischen Muslimbrüder sowie deren politischem Arm, der Islamischen Aktionsfront, als den Zielen anderer politischer Parteien und Vereinigungen verbunden fühlen (zumal die IAF als die am Besten organisierte Partei des jordanischen Parteienspektrums zu bezeichnen ist), müsste bei Einführung eines Verhältniswahlrechtes mit einem Wahlergebnis gerechnet werden, dass nicht im Interesse des Haschemitischen Königshauses liegen dürfte (und vermutlich auch nicht im Interesse der USA und anderer westlicher Staaten). Alleine dies dürfte auf absehbare Zeit Grund genug sein, am bestehenden Mehrheitswahlrecht festzuhalten.

Die Vorbehalte gegen das 1993 in Jordanien eingeführte 'one person - one vote' Prinzip bestehen weniger, weil jede wahlberechtigte Person nur eine Stimme hat (vor Einführung des jetzt überarbeiteten Wahlgesetzes, d.h. vor 1993, hatte jeder Wahlberechtigte in Jordanien so viele Stimmen, wie sein Wahlbezirk Abgeordnete für das Parlament entsenden konnte), sondern vielmehr deshalb, weil in Verbindung mit dem gleichzeitigen Mehrheitswahlrecht und durch die von der Regierung vorzunehmende Festlegung der Wahlbezirke und Wahldistrikte hinsichtlich Größe und Zahl der Wahlberechtigten die abgegebenen Stimmen je nach dem, in welchem Wahlbezirk oder Wahldistrikt sie abgegeben werden, eine unterschiedliche Wertigkeit haben. Die Schwäche eines solchen Wahlrechtes wird umso größer, je unterschiedlicher die Zahl der Wahlberechtigten in den einzelnen Wahlbezirken und Wahldistrikten ist. Darüber hinaus benachteiligt ein solches Wahlrecht politische Gruppierungen und Parteien und stärkt stattdessen die Loyalität der verschiedenen Stämme gegenüber der Regierung bzw. dem Königshaus. Hinzu kommt, dass am Ende nur die Stimmen, die der Gewinner des jeweiligen Wahlbezirks bzw. Wahldistrikts auf sich vereint, zählen. Alle anderen Stimmen, d.h. die Stimmen, die die unterlegenen Kandidaten auf sich haben vereinen können, sind hingegen verloren (dieses Prinzip des 'the winner takes it all' ist

aus dem amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf bekannt). Das bestehende Wahlrecht macht es daher möglich, den Ausgang einer Wahl mehr oder weniger diskret zu beeinflussen. Ein Vorwurf, der in Jordanien immer wieder und nicht zu Unrecht erhoben wird, da durch den entsprechenden Zuschnitt der Wahlbezirke und Wahldistrikte die Regierung natürlich Einfluss auf das Wahlergebnis nimmt. Diese als mehr oder weniger 'intelligent' zu bezeichnende Möglichkeit der Wahlbeeinflussung, durch die eine Regierung nicht 'gezwungen' ist am Wahltag durch verschwundene, gefälschte oder plötzlich auftauchende Wahlzettel eine Wahl in ihrem Sinne zu beeinflussen (was durch unabhängige Wahlbeobachter, deren Zulassung man sich immer schwerer nur entziehen kann, wenn man sich nicht vornherein dem Verdacht geplanter Manipulationen aussetzen möchte, relativ schnell und einfach aufgedeckt werden kann), ist trotz dem nicht verborgen geblieben, weshalb sich bei bestimmten Gruppierungen und Parteien auch Widerstand gegen das neue Wahlgesetz rührt.

Die Überarbeitung des jordanischen Wahlgesetzes kann insofern auch als der Versuch der Quadratur des Kreises mit dem nicht schwer vorhersehbaren Ergebnis bezeichnet werden, den Erwartungen eines Teils der Bevölkerung, eines Teils der politischen und wirtschaftlichen Nomenklatura sowie eines Teils der nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen nicht gerecht werden zu können.

Wenn man die vorgenannten Rahmenbedingungen berücksichtigt, so verwundert es nicht, dass man trotz der Durchführung von Wahlen, die man im weitesten Sinne noch als demokratisch bezeichnen kann, da sie die gemeinhin erhobenen Anforderungen an allgemeine, freie, geheime und direkte Wahlen im Großen und Ganzen erfüllen, sicher noch nicht von der Umsetzung, geschweige denn von der Verinnerlichung demokratischer Prinzipien sprechen kann. Es stellt sich in diesem Zusammenhang aber auch die Frage, ob demokratische Prinzipien überhaupt ein Anliegen der jordanischen Bevölkerung sind, wenn man berücksichtigt, dass die Loyalität des überwiegenden Teils der jordanischen Bevölkerung (neben der Familie und dem Stammesoberhaupt) dem König gehört, der die uneingeschränkte Richtlinienkompetenz in allen wesentlichen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen inne hat und dessen Rolle von der Bevölkerung nicht in Frage gestellt wird.

Es verwundert von daher auch nicht, dass das neue Wahlgesetz von den verschiedenen politischen Gruppierungen (von Parteien, so wie sie in Europa bekannt sind, kann man bis auf die IAF eigentlich nur schwer sprechen) und in Abhängigkeit von deren politischer Interessen, unterschiedlich bewertet wird. Selbst Frauenorganisationen haben an dem neuen Gesetz - trotz der Verdoppelung der 'Frauenquote' - an mehreren Stellen Kritik geübt.

Wesentliche Änderungen gegenüber dem im Jahre 1993 vom damaligen König Hussein II. erlassenen Wahlgesetz sind:

- die Anhebung der Zahl der Abgeordnetensitze von bisher 110 auf künftig 120,
- die Verdoppelung der 'Frauenquote', d.h. der Parlamentssitze die Frauen vorbehalten sind, von bisher 6 auf künftig 12,
- die Einrichtung zusätzlicher Abgeordnetensitze in den Wahlbezirken Amman (2 x), Zarqa (1x) und Irbid (1x),
- die Unterteilung der 45 Wahlbezirke in insgesamt 108 Wahldistrikte derart, dass jeder Wahlbezirk in so viele Wahldistrikte unterteilt worden ist, wie er Abgeordnete in das neue Parlament entsendet (Beispiel: das Gouvernement Amman besteht aus insgesamt 7 Wahlbezirken und entsendet 25 Abgeordnete in das neue Parlament. Entsprechend wurden die 7 Wahlbezirke in 25 Wahldistrikte unterteilt. Zu den so insgesamt 108 Abgeordneten der Wahldistrikte kommen noch die davon unabhängigen 12 weiblichen Abgeordneten, die über die 'Frauenquote' ins neue Parlament einziehen, hinzu),
- innerhalb eines Wahlbezirkes können die Wähler, die in einem der zu diesem Wahlbezirk gehörenden Wahldistrikte registriert sind, jedem Kandidaten ihre Stimme geben, d.h. sie

sind nicht an den Kandidaten eines bestimmten Wahldistrikts oder gar des Wahldistrikts, in dem sie registriert sind, gebunden (Beispiel: im Gouvernement Amman haben die Wähler die Auswahl zwischen 25 Abgeordneten),

- 9 der 108 Parlamentssitze sind Christen vorbehalten (1 x Amman, 1 x Irbid, 2 x Balqa, 2 x Kerak, 1 x Zarqa, 1 x Madaba und 1 x Ajloun)
- 3 der 1008 Parlamentssitze sind Kaukasiern und Tscherkessen vorbehalten (2 x Amman und 1 x Zarqa)

Bei der Vorstellung des neuen Wahlgesetzes durch den Innenminister und stv. Premierminister, Nayef Qadi, den Minister für Politische Entwicklung, Musa Maaytah, sowie den Minister für Medien und Kommunikation, der gleichzeitig auch Regierungssprecher ist, Nabil Sharif, wurde explizit darauf hingewiesen, dass Stimmenkauf nach dem neuen Wahlgesetz eine Straftat ist, die mit bis zu sieben Jahren Gefängnis geahndet werden kann. Ob dies jedoch als Abschreckung ausreicht darf in Frage gestellt werden, auch wenn landesweit Stellen eingerichtet worden sind, bei denen Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit den anstehenden Parlamentswahlen gemeldet werden können.

Im Zeitraum 06. Juni - 22. Juli 2010 sollen sich insgesamt 243.555 neu wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger bei den dafür eingerichteten Stellen registrieren haben lassen. Damit sind, nach offiziellen Angaben, am 09. November 2010 rund 2,7 Mill. Wahlberechtigte oder 45% der jordanischen Bevölkerung aufgerufen, ein neues Parlament (Unterhaus) zu wählen.

Wenn man berücksichtigt, dass 70% der jordanischen Bevölkerung unter 30 Jahre und 58% der jordanischen Bevölkerung unter 25 Jahre alt ist, so ist aus diesen Zahlen ersichtlich, dass der Einfluss junger Menschen bei den Wahlen alles andere als gering ist. Entsprechend aktiv bemüht sich aktuell auch die jordanische Regierung, diese Wählergruppe anzusprechen (gleiches gilt für Frauen). Dies erstreckt sich über den gesamtgesellschaftlichen Bereich bis hin in die Universitäten. Zunehmend bedient man sich hierbei auch der neuen Medien - vor allem des Internets und hier wiederum Foren wie 'Facebook', 'Twitter' und andere, die sich bei den jungen Menschen in Jordanien zunehmender Beliebtheit erfreuen.

Die Europäische Union hat Jordanien in ihrem am 12. Mai 2010 veröffentlichten Fortschrittsbericht, den sie routinemäßig im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) erstellt, Reformfortschritte attestiert. Gegenstand des Berichtes war eine Einschätzung der Entwicklung des Instruments der Europäischen Nachbarschaftspolitik in den fünf Jahren seit seiner Einführung.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik ist 2004, in Verbindung mit der Erweiterung der EU um zehn neue Mitgliedsstaaten zum 01. Mai 2004, mit dem Ziel ins Leben gerufen worden, die Entstehung neuer Trennlinien zwischen der erweiterten EU und den Nachbarstaaten zu verhindern und stattdessen Wohlstand, Stabilität und Sicherheit der beteiligten Staaten zu stärken. Im Rahmen so genannter privilegierter Beziehungen, die auf dem Konsens gemeinsamer Werte wie Demokratie, Menschenrechte, gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit sowie marktwirtschaftlicher Prinzipien und nachhaltiger Entwicklung basieren, sollen bestehende politische Beziehungen vertieft und Elemente zur wirtschaftlichen Integration der partizipierenden Länder eingeführt werden. Hierzu bietet die EU den beteiligten Staaten so genannte privilegierte Beziehungen an, die im Einzelfall, je nach Grad der Übereinstimmung in Bezug auf die vorgenannten gemeinsamen Werte, unterschiedlich intensiv sein können.

Die ENP ist unabhängig vom Verlauf des weiteren Erweiterungsprozesses der EU zu sehen, d.h., die ENP ist nicht als Vorstufe oder gar Voraussetzung für die künftige Aufnahme eines Landes in die EU zu verstehen.

In die Europäische Nachbarschaftspolitik sind aktuell die Länder Ägypten, Algerien, Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Moldawien, die besetzten palästinensischen Gebiete sowie Syrien, Tunesien, die Ukraine und Weißrussland einbezogen (mit Syrien wurde die ENP aufgrund der Tatsache, dass bisher kein entsprechendes Abkommen geschlossen worden ist, bisher noch nicht aktiviert. Der Berichtersteller hatte hierzu in seinem Quartalsbericht I / 2010 kurz berichtet).

Kernelement der Europäischen Nachbarschaftspolitik sind bilateral abgeschlossene ENP-Aktionspläne, die auf Vereinbarungen zwischen der EU und den betreffenden Ländern beruhen. Unter diese Vereinbarungen fallen Partnerschafts- und Zusammenarbeitsabkommen sowie Assoziierungsabkommen oder die Euro-Mediterrane Partnerschaft. Jordanien hat einen solchen Aktionsplan, der neben einer politischen Agenda auch wirtschaftliche Reformen mit unterschiedlichen Prioritäten enthält, im Jahre 2005 vereinbart.

Die Beziehungen Jordaniens zur EU blicken auf eine mehr als 30-jährige Geschichte zurück. Nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Jahre 1977 trat bereits 1978 ein erstes Kooperationsabkommen zwischen der EU und Jordanien in Kraft. Aufbauend auf der Europa-Mittelmeerpartnerschaft, die 1995 in Barcelona / Spanien aus der Taufe gehoben worden ist, und die im so genannten Barcelona-Prozess die drei Haupttätigkeitsbereiche 'Politische- und Sicherheitspartnerschaft', 'Wirtschafts- und Finanzpartnerschaft' sowie 'Partnerschaft im sozialen, kulturellen und menschlichen Bereich' benennt, ist im Mai 2002 ein Assoziierungsabkommen zwischen Jordanien und der EU in Kraft getreten, das die vorgenannten Tätigkeitsbereiche auf bilateraler Basis weiterentwickelt hat und seit dem die Grundlage für die bilateralen Beziehungen der EU zu Jordanien - im Rahmen der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft - darstellt. Basierend auf der Achtung demokratischer Grundsätze und grundlegender Menschenrechte definiert das Assoziierungsabkommen den Rahmen für den zwischen den beiden Vertragsparteien vereinbarten politischen Dialog, für die Liberalisierung des Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs - einschließlich der Errichtung einer Freihandelszone bis 2014 - sowie für enge wirtschaftliche, soziale und kulturelle Beziehungen.

Seitens Jordaniens haben vor allem die wirtschaftlichen Aspekte 'Steigerung der Exporte in die Länder der Europäischen Union', 'Entwicklung eines leistungs- und wettbewerbsfähigen Privatsektors' sowie 'Förderung, d.h. Steigerung ausländischer Direktinvestitionen in Jordanien', die in dem vorgenannten Abkommen vereinbart worden sind, höchste Priorität. Mit dem gemeinsam gefassten Beschluss, die Anstrengungen in allen Bereichen, d.h. in Politik, Wirtschaft, Finanzen und Soziales, zu intensivieren, wurde im Oktober 2003 der Grundstein für die Einrichtung der Ausschüsse gelegt, die mit der Durchführung des Abkommens im Rahmen der ENP betraut sind.

Die Fortschritte, die die EU Jordanien in ihrem Fortschrittsbericht zur ENP am 12. Mai 2010 attestiert hat, werden u.a. an folgenden Punkten festgemacht:

- der Implementierung des CEDAW-Abkommens (**C**onvention on the **E**limination of All Forms of **D**iscrimination **a**gainst **W**omen) - was nach Kenntnis des Berichterstatters allerdings noch nicht in allen noch offen gewesen Punkten umgesetzt ist, da es diesbezüglich teils vehemente Einwände gibt (z.B. seitens der IAF),
- den Beschlüssen der jordanischen Regierung zur Verbesserung des Verhältnisses zur Presse sowie dem 'Code of Conduct', den sich die jordanische Regierung auferlegt hat,
- der Einrichtung eines Gerichtes, das sich ausschließlich mit Ehrenmorden befasst,
- der Aufnahme des Betriebs des 2008 eingerichteten Ombudsmann-Büros im Februar 2009 (was als Fortschritt in Bezug auf 'Good Governance' und 'Transparency' gesehen wird) und

- dem Bekenntnis der neuen Regierung zu einer 'Null-Toleranz-Politik' in Bezug auf Korruption unter gleichzeitigem Verweis auf den Umstand, dass Jordanien im Vergleich zu den meisten anderen Staaten in der Region in diesem Punkt weitaus besser dasteht.

Der französische EU-Botschafter in Jordanien, Patrick Renault, hat in einer Pressekonferenz am 12. Mai 2010 verlauten lassen, dass der Fortschrittsbericht zur ENP '...sehr positiv ist und zeigt, dass Jordanien sich auf dem richtigen Weg befindet...'. In Bezug auf die Anfrage Jordaniens, seitens der EU - im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik - den so genannten 'Advanced Status' zugesprochen zu bekommen, gingen die Gespräche in die richtige Richtung, führte der Leiter der hiesigen EU-Delegation weiter aus. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die erst kürzlich von dem jordanischen Planungsminister Jafar Hassan in Brüssel geführten und als sehr konstruktiv bezeichneten Gespräche.

Der 'Advanced Status' sieht eine noch engere Einbindung des jeweiligen Landes in den Europäischen Binnenmarkt vor (vergleichbar der Einbindung der Schweiz, Liechtensteins, Islands und Norwegens in den zwischen den EU-Mitgliedsstaaten geschaffenen Binnenmarkt). Er beinhaltet u.a. den weiteren Abbau von Zöllen und die Anpassung von Gesetzen an europäische Standards - insbesondere im Bereich der Nahrungsmittelsicherheit, aber auch das Durchführen regelmäßiger Gipfeltreffen zwischen dem jeweiligen Land und der EU sowie die Einbindung desselben in Maßnahmen der EU zur Krisenbewältigung.

Nur wenige Tage nach der Veröffentlichung des oben genannten Fortschrittsberichtes, am 24. Mai 2010, hat der jordanische Premierminister Samir Rifaj in einem Gespräch mit den Botschaftern der Mitgliedsländer der Europäischen Union in Jordanien, welches in der Botschaft Spaniens, das zum damaligen Zeitpunkt den Ratsvorsitz der EU inne hatte, stattgefunden hat, um Unterstützung dahingehend geworben, dass Jordanien 'earliest as possible' den 'Advanced Status' seitens der EU eingeräumt bekommt. Dieses Thema steht nicht zuletzt wegen der aktuellen großen wirtschaftlichen und finanziellen Probleme Jordaniens ganz oben auf der Agenda jordanischer Politiker. Es war darüber hinaus Gegenstand der Gespräche mit den beiden Außenministern aus Spanien und Deutschland, Miguel Moratinos und Guido Westerwelle, die kurz zuvor stattgefunden hatten.

Der deutsche Außenminister Guido Westerwelle hat sich am 23. Mai 2010 zu einem nur wenige Stunden dauernden Besuch in Jordanien aufgehalten. In Gesprächen mit dem jordanischen König Abdullah II. sowie seinem jordanischen Amtskollegen, Nasser Judeh, hat sich der deutsche Außenminister über den aktuellen Stand der (bisher indirekten) Friedensgespräche im Nahen Osten informiert und Möglichkeiten besprochen, mittels denen der Konflikt zwischen Palästinensern und Israel beigelegt werden kann. Im Verlauf der geführten Gespräche wurde von jordanischer Seite mehrfach darauf hingewiesen, dass die diesbezüglichen internationalen Bemühungen intensiviert werden müssen und ein Erfolg wenn, dann nur erreicht werden kann, wenn am Ende der Gespräche bzw. als Ergebnis künftiger Verhandlungen die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt sowie der Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten steht (und natürlich eine Lösung für die rund 4,7 Millionen palästinensischen Flüchtlinge gefunden wird). In diesem Zusammenhang betonte der jordanische König die Bemühungen Deutschlands, den Friedensprozess im Nahen Osten zu unterstützen und so zu mehr Sicherheit und Stabilität in der Region beizutragen (welcher Natur die deutschen Bemühungen waren, wurde nicht näher ausgeführt).

Der deutsche Außenminister betonte die sich schon aus der Geschichte ergebende Bedeutung Jordaniens in Bezug auf den Friedensprozess im Nahen Osten. Das haschemitische Königshaus in Jordanien lässt sich bis auf den Urgroßvater des Propheten Mohammed zurückverfolgen. Als Scherifen von Mekka ist den Haschemiten bereits zu dieser Zeit die Aufgabe zugefallen, die jährlichen Pilgerzüge nach Mekka zu organisieren und zu sichern so-

wie die Bewachung der heiligen Stätten in Mekka (und später auch in Medina) zu gewährleisten. Während sich heute Saudi-Arabien als Hüter der heiligen Stätten in Mekka und Medina versteht, ist den Haschemiten, die nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches in Jordanien und im Irak (bis 1958) zwei neue Monarchien begründet haben, nach der Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 die Aufgabe des Hüters der religiösen islamischen Stätten in (Ost-) Jerusalem zugefallen (zumindest solange, bis es einen unabhängigen palästinensischen Staat gibt). Israel hat dies in dem 1994 mit Jordanien geschlossenen Friedensvertrag bzw. in der dem Friedensvertrag vorangehenden Washingtoner Erklärung aus dem Jahre 1993 explizit anerkannt und Jordanien in allen diesbezüglichen Fragen sogar ein Mitspracherecht eingeräumt, auch wenn dies, wenn man nur einmal die Ereignisse der zurückliegenden Monate betrachtet, mehr auf dem Papier steht als Realität ist. Nichtsdestotrotz nimmt Jordanien diese Aufgabe sehr ernst, weshalb alles das, was sich auf und um den Tempelberg in Ost-Jerusalem, auf dem die Al-Aqsa-Moschee und der Felsendom liegen - und die nach Mekka und Medina die dritt- bzw. viertheiligsten Stätten des Islam sind - geschieht, mit größter Sorge betrachtet wird. Mehr als einmal wurde in diesem Zusammenhang schon von einer möglichen dritten Intifada gesprochen.

Neben dem Friedensprozess im Nahen Osten waren die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Jordanien Gegenstand der Gespräche. Außenminister Westerwelle betonte die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaften, womit er explizit auf die erst vor wenigen Jahren gegründete Deutsch-Jordanische Universität abgestellt hat. Die als Modell für die gesamte Region bezeichnete Hochschule, die sich noch im Aufbau befindet, beherbergt gegenwärtig rund 1.700 Studenten, ein Drittel davon Frauen. Wenn die Bauarbeiten an dem neuen Campus in Madaba einmal abgeschlossen sein werden, soll die Zahl der Studenten auf mehr als 4.500 anwachsen. Das besondere an den Studiengängen der Deutsch-Jordanischen Universität ist, dass alle Studenten im Rahmen ihres Studiums auch für 2 Semester nach Deutschland gehen und dort ein Semester an einer deutschen Hochschule studieren sowie ein halbjähriges Praktikum in einem Unternehmen in Deutschland absolvieren müssen. Der Verlauf des Studiums an der Deutsch-Jordanischen Universität hat zur Folge, dass die Studentinnen und Studenten bis zu ihrem Aufenthalt in Deutschland über gute deutsche Sprachkenntnisse verfügen müssen.

## 2.2 Libanon:

Im Quartalsbericht I / 2010 wurde berichtet, dass einiges darauf hindeutet, dass nicht nur die Aussöhnung zwischen dem Libanon und Syrien Fortschritte macht, sondern das Syrien auch wieder stärker politisch auf die Geschehnisse des Libanon Einfluss zu nehmen versucht.

Ersteres kann man u.a. daran festmachen, dass der libanesischer Premierminister Saad Hariri, ein Sohn des 2005 ermordeten Rafik Hariri, dieser Tage bereits zum Vierten Male innerhalb weniger Monate zu Besuch beim syrischen Staatspräsidenten Bashar al-Assad weilte und das persönliche Verhältnis der beiden in der Presse bisweilen schon als freundschaftlich bezeichnet wird. Darüber hinaus hat es den Anschein, dass das Verhältnis der beiden Staaten zwischenzeitlich zumindest wieder insoweit gefestigt ist, als dass Ereignisse auf oder Äußerungen der einen Seite, die in der Vergangenheit sofortige verbale Drohungen der anderen Seite zur Folge gehabt hätten, mittlerweile mit größerer Gelassenheit gesehen werden. Dies bedeutet jedoch explizit nicht, dass das gegenseitige Misstrauen nicht weiter besteht (im Libanon zumindest von Seiten der pro-westlichen Allianz des 14. März, die im Rahmen der Zedernrevolution im Jahre 2005 den Abzug der syrischen Truppen aus dem Libanon erzwungen hat - hingegen sicher nicht von der Hisbollah und der Amal, die sich mit anderen Oppositionskräften in der Bewegung des 08. März zusammengeschlossen haben und die Syrien für seine Unterstützung im libanesischen Bürgerkrieg von 1975-1990

dankbar sind) und es bedeutet explizit auch nicht, dass Syrien sich deshalb mit dem aktuellen Status Quo abgefunden hat. Was es jedoch bedeuten kann ist, dass Syrien seine Interessen im Libanon heute nicht mehr selbst, sondern über seinen verlängerten Arm im Libanon, die Hisbollah, wahr. Da diese mittlerweile fester Bestandteil des libanesischen Parlaments ist und politische Entscheidungen im libanesischen Parlament nicht gegen den Willen der Hisbollah getroffen werden können, sollte dies grundsätzlich und relativ problemlos möglich sein. Es kann ganz sicher davon ausgegangen werden, dass Syrien nach wie vor mit großer Sorgfalt und mit großem Interesse beobachtet, in welche Richtung sich der Libanon politisch, vor allem aber auch wirtschaftlich und gesellschaftlich entwickelt.

Die entscheidende Klammer, die Syrien mit dem Libanon verbindet, ist der gemeinsame Feind Israel, der seit 1967 Teile Syriens besetzt hält (Golan-Höhen) und der im Süden des Libanon, trotz der aktuell rund 12.000 Mann starken UNIFIL-Truppe, immer wieder für Unruhe sorgt. Zum einen durch nach wie vor durchgeführte Beobachtungsflüge über libanesisches Staatsgebiet und zum anderen durch immer wieder angedrohte militärische Aktionen (die glücklicherweise bisher unterblieben sind). Die Lage im Südlibanon ist als angespannt zu bezeichnen was auch die UNIFIL immer wieder derart zu spüren bekommt, als dass sie von der in ihrem Einsatzgebiet lebenden libanesischen Bevölkerung angegriffen wird, weil sie von dieser - so wie die gesamte UN - als Fürsprecher oder gar verlängerter Arm Israels angesehen wird (woher diese Einschätzung stammt ist nicht zweifelsfrei auszumachen, zumal sie bei allem Verständnis für die libanesischen Seite als unwahr bezeichnet werden muss. Die UNIFIL soll vermeiden, dass es an der israelisch-libanesischen Grenze zu Scharmützeln zwischen Israelis und Libanesen kommt, und die UN hat darüber hinaus in vielen Resolutionen zum Ausdruck gebracht, dass sie das Vorgehen Israels nicht nur nicht billigt, sondern in Teilen auch für völkerrechtswidrig erachtet. Es kann somit darüber spekuliert werden, wer aus welchem Grund ein Interesse daran hat, derartige Unwahrheiten in der Bevölkerung zu verbreiten. Die Hisbollah als vermeintlichen Drahtzieher im Hintergrund zu vermuten, liegt nahe. Die UNIFIL der Zusammenarbeit mit Israel zu beschuldigen geht auf jeden Fall an der Realität vorbei. Vielleicht ist der Grund in einem weiteren Auftrag der UNIFIL zu sehen - dem Unterbinden des Waffenschmuggels in den Südlibanon). Erst vor wenigen Tagen hat das libanesisches Parlament beschlossen, weitere 3.000 libanesischen Soldaten in den Südlibanon zu verlegen und damit die Truppenstärke auf insgesamt rund 15.000 zu erhöhen. Ihr Auftrag lautet die Ordnung aufrecht zu erhalten und die UN-Soldaten zu schützen (um sich nicht noch unbeliebter zu machen als man ohnehin schon ist, verzichtet die UNIFIL - soweit es geht - auf militärische Aktionen gegen die dort lebende Bevölkerung und verlässt sich stattdessen auf die libanesischen Streitkräfte, die in der Vergangenheit allerdings nicht immer den Eindruck vermittelt haben, dass sie Herr der Lage sind).

Für große Unruhe hat die Aussage des israelischen Staatspräsidenten Shimon Peres Mitte Mai 2010 gesorgt (und die USA haben diese Aussage gestützt), dass Israel Hinweise darauf hat, dass die Hisbollah - unter Mithilfe Syriens - im vergangenen Jahr Scud-Raketen nordkoreanischer Bauart in den Südlibanon geschmuggelt hat. Sowohl die Hisbollah und Syrien als auch der Oberkommandierende der im Südlibanon stationierten UNIFIL-Truppe, der spanische Generalmajor Alberto Asarta Cuevas, haben diese Aussage als unsinnig bzw. wenig wahrscheinlich bezeichnet (Kurzstreckenraketen vom Typ Scud haben eine Länge von mehr als 10 Meter und ein Gewicht von mehr als 5 Tonnen. Dies lässt es wenig wahrscheinlich erscheinen, dass man diese - selbst unter größter Geheimhaltung - ohne Aufmerksamkeit zu erregen über größere Strecken transportieren kann. Sie werden gemeinhin auf Schwerlasttransportern transportiert, was ein weiteres Argument dafür ist, dass sie im Zeitalter der Satellitenüberwachung nur schwerlich unentdeckt geblieben wären. Sollten sie hingegen unter den Augen oder gar mit Wissen der UNIFIL in den Südlibanon gebracht worden sein, so wäre der von der Bevölkerung im Südlibanon gegenüber der UNIFIL erhobene Vorwurf, dass die UNIFIL die Interessen Israels vertritt, widerlegt). Richtig ist,

dass Nordkorea bereits seit Jahren Waffen in den Nahen Osten liefert (2002 wurde z.B. von der spanischen Kriegsmarine im arabischen Meer ein nordkoreanischer Frachter aufgebracht auf dem sich, versteckt unter Zementsäcken, 12 Scud-Raketen befunden haben. Als wahrscheinlichster Empfänger war damals der Jemen vermutet worden). Scud-Raketen - welcher Bauart auch immer - wurden auch vom Irak in seinen verschiedenen Waffengängen im Nahen und Mittleren Osten eingesetzt, und auch der Iran und Syrien gelten als Empfängerländer dieses Raketentyps. Dass jedoch Raketen, die zuvor an den Iran oder Syrien geliefert worden sind, tatsächlich den Weg in den Süd-Libanon gefunden haben (wenn dann am wahrscheinlichsten über die Nordgrenze des Libanon mit Syrien), scheint eher unwahrscheinlich. Wenn sich jedoch herausstellen sollte, dass dem so war, so würde dies die UNIFIL und mit ihr die UN in einem schlechten Licht stehen lassen, zumal der Einsatz der bundesdeutschen Marine vor der Küste des Libanon, der ebenfalls unter dem Mandat der UNIFIL stattfindet und der den Schmuggel von Waffen auf dem Seeweg verhindern soll, in der Vergangenheit schon mehrfach belächelt worden ist - weil Kenner der Lage vor Ort es für wesentlich wahrscheinlicher halten, dass, wenn Waffen für die Hisbollah in den Libanon geschmuggelt werden, dies eher und einfacher über die syrisch-libanesische Landgrenze geschieht denn über See. Wahrscheinlicher als die erhobenen Anschuldigungen Israels und der USA ist, dass man mit diesem Vorstoß versuchen wollte, die Installation eines neuen Waffensystems zur Abwehr von Kurzstreckenraketen in Israel zu rechtfertigen, da just zu dem Zeitpunkt, zu dem die oben genannten Vorwürfe erhoben wurden, die USA und Israel bekannt gegeben haben, dass die USA ein neues Abwehrsystem für Kurzstreckenraketen an Israel liefern wird. Das als 'Iron Dome' bezeichnete Waffensystem kostet pro Stück mehr als 200 Mio. US-Dollar und ist geeignet, auch Raketen mit sehr kurzer Reichweite wie z.B. die von der Hamas entwickelten Qassam-Raketen, die eine Reichweite von unter 10 km haben, abzufangen. Insgesamt 10 dieser Waffensysteme soll Israel erhalten, die entlang der israelisch-palästinensischen Grenze (entlang des Gaza-Streifens) und entlang der israelisch-libanesischen Grenze in Stellung gebracht werden sollen. Dies wiederum beunruhigt die Hisbollah die befürchtet, dass das neue Waffensystem Israel verleiten könnte, sich für die Niederlage im Sommerkrieg 2006 (zumindest bezeichnet die Hisbollah den Ausgang des Kriegs zwischen Israel und dem Libanon im Sommer 2006 als eine Niederlage für Israel) zu revanchieren ohne dabei das Risiko eigener Verluste in seinen Städten entlang der Grenze eingehen zu müssen. In der Folge haben die gegenseitigen Drohungen, im Falle eines Angriffs der Gegenseite mit aller Härte zurückzuschlagen, wieder deutlich zugenommen. Einige Beobachter sehen in dem Vorwurf, dass Scud-Raketen in den Südlibanon geschmuggelt worden sind, auch die Möglichkeit, dass man sich einer Art psychologischer Kriegsführung bedient. Es ist bekannt, dass der Irak im Golfkrieg von 1991 Scud-Raketen auf Israel abgeschossen hat und diese dort auch eingeschlagen sind. Es ist ferner bekannt, dass Scud-Raketen russischer Bauart zum Waffenarsenal des Warschauer Paktes gehört haben, der sich bis 1989 mit dem Westen im Kalten Krieg befunden hat. Die Überlegungen entsprechender Kreise gehen in die Richtung, dass alleine die Bezeichnung des Waffentyps in Verbindung mit dessen Geschichte vielleicht bei dem einen oder anderen Schrecken und Angst verursachen soll (und damit das Verständnis dafür, dass Israel ein neues Abwehrsystem installiert, steigt). Als eine weitere Folge der geschilderten Ereignisse war sofort auch wieder die Frage der Entwaffnung der Hisbollah auf dem Tisch. Angesichts der von libanesischer Seite (nicht nur von der Hisbollah) als Drohung aufgefassten Stationierung eines neuen Waffensystems in Israel, haben selbst der libanesische Staatspräsident Michel Suleiman (früher selbst Oberkommandierender der libanesischen Armee) sowie der libanesische Premierminister Saad Hariri zum Ausdruck gebracht, dass dies solange kein Thema sein kann, wie der Libanon über keine verlässliche Verteidigungsstrategie verfügt (die Hisbollah wird diese Aussage mit Freude vernommen haben und vielleicht ein stilles Dankeschön an die israelische Seite gerichtet haben). Wenn man so will, hat die Ankündigung Israels, ein neues Raketenabwehrsystem zu installieren, dazu geführt, dass sich selbst die innerlibanesischen Gegner der Hisbollah zumindest kurzzeitig hinter selbige gestellt haben. Die seit einigen Monaten im Umlauf befindlichen Gerüchte, dass Israel einen

neuen Waffengang im Südlibanon plant, haben so auf jeden Fall wieder neue Nahrung erhalten. Unter denen, die dieses Szenario für wahrscheinlich halten, werden bereits Plan-spiele dahingehend angestellt, wie dieser Waffengang aussehen könnte und ob Israel diesen Waffengang vielleicht sogar mit einem Militärschlag gegen den Iran verbindet. Andere Stimmen argumentieren hingegen, dass die Unwägbarkeiten eines neuen Konfliktes in vorgenannter Form so groß wären, dass beide Seiten größtes Interesse daran haben müssen, einen solchen Konflikt zu vermeiden (was nicht gegen kleinere, lokal begrenzte militärische Aktionen spricht).

Für weitere Unruhe hat im Berichtszeitraum gesorgt, was das 'Sondertribunal für den Libanon' in den Den Haag, das mit der Untersuchung der Ermordung des früheren libanesischen Premierministers Rafik Hariri betraut ist, vor wenigen Tagen hat durchblicken lassen. Nach dem es nach der Entlassung von vier inhaftierten pro-syrischen libanesischen Sicherheitschefs im April 2009 um die Ermittlungen wieder ruhig geworden war und man über das Ergebnis der im März 2010 zum wiederholten Male durchgeführten Untersuchungen und Ermittlungen im Libanon offiziell nichts erfahren hat, hat die Mitteilung überrascht, dass das Tribunal - vermutlich noch in diesem Jahr - gegen vier Mitglieder der libanesischen Hisbollah wegen des Mords an Rafik Hariri Anklage erheben will. Einer ersten Vernehmung von 12 Hisbollah-Mitgliedern im Frühjahr 2010 soll im September 2010, nach dem islamischen Fastenmonat Ramadan, eine zweite Serie von Vernehmungen folgen, bevor dann die entsprechenden Anklagen erhoben werden sollen. Die Meldung war noch keine zwei Tage alt, als sich der Führer der libanesischen Hisbollah, Hassan Nasrallah, mit der Äußerung zu Wort gemeldet hat, dass das Tribunal einmal mehr unter Beweis gestellt habe, dass es ein 'israelisches Projekt' ist. Auf einmal war wieder aktuell, was der deutsche Journalist Erich Follath in seinem Artikel 'Der zweite Kreis der Hölle' in der Ausgabe 22 / 2009 des deutschen Polit-Magazins 'Der Spiegel' im Mai 2009 geschrieben hatte und was in der Zusammenfassung nahe legt, dass nicht Syrien sondern der Führer der Hisbollah, besagter Hassan Nasrallah, die Ermordung Hariris veranlasst hat. Mehrere Quellen sprechen davon, dass Scheich Nasrallah bei dem oben genannten Interview sehr nervös wirkte, gerade so als ob die angestellten Vermutungen einen wunden Punkt getroffen hätten. Wenn dem so sein sollte, so könnte es mit der Ruhe im Libanon, die seit Mitte 2008 und vor allem nach der Bildung der aktuellen Regierung im November 2009 eingetreten war, schnell wieder vorbei sein und nicht nur das. Sollten die Ermittlungen tatsächlich in diese Richtung gehen, so erscheint wenig wahrscheinlich, dass Syrien seinen langjährigen Vasallen im Libanon im Stich lässt. Neben neuen schweren Turbulenzen im Libanon könnte dem Tauwetter zwischen Syrien und dem Libanon alsbald wieder eine Eiszeit drohen. Daran dürfte dann auch nichts ändern, dass der libanesischer Premierminister - wie in der Presse geschrieben - zwischenzeitlich gar ein als freundschaftlich zu bezeichnendes Verhältnis mit dem syrischen Staatspräsidenten Bashar al-Assad pflegen soll. Was ein derartiges Szenario dann nur noch verhindern könnte, wäre eine so genannte politische Lösung, die so aussehen könnte, dass sich alle Seiten (Syrien, Libanon und Tribunal) auf einen oder mehr Schuldige verständigen und diese dann der Öffentlichkeit präsentieren. Entsprechende Gedankenspiele hat es in der libanesischen Presse schon gegeben. Die diesbezügliche Entscheidung wird zu gegebener Zeit ganz wesentlich bei Saad Hariri liegen, der dann entscheiden muss, ob ihm die Wahrheit über die Ermordung seines Vaters oder das Verhältnis Libanon - Syrien und damit die innerlibanesischer Stabilität mehr am Herzen liegen. Die neusten Entwicklungen dürften auch Gegenstand der Gespräche zwischen dem saudischen König Abdullah, dem syrischen Staatspräsidenten Bashar al-Assad sowie dem libanesischen Staatspräsidenten Michel Suleiman und dem libanesischen Premierminister Saad Hariri gewesen sein, die am 30. Juli 2010 in Beirut stattgefunden haben

Die libanesischer Finanzministerin Raya al-Hassan hat in einem längeren Interview mit der französischen Presseagentur AFP (Agence France Presse) angekündigt, dass sie in Kürze

Vorschläge unterbreiten wird die darauf zielen, die sehr hohe Staatsverschuldung des Landes zu reduzieren. Auch wenn der Libanon nach den Worten der Finanzministerin seine Verschuldung in Höhe von 180% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) im Jahre 2006 auf nunmehr 148% des BIP im Jahre 2009 hat reduzieren können, so ist die Schuldenlast für das Land doch eine große Bürde (im Vergleich dazu steht Griechenland, dass die europäische Presse aufgrund seiner Verschuldung lange Zeit in Atem gehalten hat, mit 115% des BIP noch vergleichsweise gut da. Der Unterschied zwischen beiden Ländern ist darin zu sehen, dass sich Griechenland überwiegend im Ausland verschuldet hat, d.h. jetzt ausländische Schuldner bedienen muss, während der Libanon bei seiner Geldaufnahme zu einem großen Teil auf die Spareinlagen seiner Bürger, darunter sehr viele und teilweise wohlhabende Auslandslibanesen, hat zurückgreifen können), da die Zinslast zum einen die laufenden Haushalte belastet und zum anderen die finanziellen Spielräume der Regierung einengt. Die Schuldenlast wird zum Ende des Jahres 2009 mit rund 50 Mrd. US-Dollar angegeben.

Die Tatsache, dass der Libanon von den negativen Auswirkungen der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise des Jahres 2008 bisher nur sehr gering betroffen war, ist für das Vorhaben, den Schuldenstand zu reduzieren, von Vorteil. Die Folge der geringen Belastung durch die Krise ist, dass viele Auslandslibanesen ihr Geld statt im Ausland, seit 2009 bevorzugt im Libanon investieren bzw. bei libanesischen Banken deponieren (die Zahl der im Ausland lebenden Libanesen soll öffentlichen Angaben zu Folge fast doppelt so hoch sein wie die Bevölkerung, die im Libanon lebt und mit 4,2 Millionen angegeben wird). Die Einlagen bei libanesischen Banken sollen sich Ende 2009 auf rund 105 Mrd. US-Dollar belaufen haben, und Schätzungen gehen davon aus, dass diese sich in 2010 um bis zu 10% erhöhen werden. Ein weiterer Grund für die positive wirtschaftliche Entwicklung ist in dem Umstand zu sehen, dass der Libanon seit Mitte des Jahres 2008 relativ stabile politische Verhältnisse aufweist. Die Investitionen im Libanon sollen in 2009 - gegenüber dem Vorjahr - um 22% gestiegen sein. Die Rückflüsse im Ausland lebender Libanesen sollen sich im gleichen Zeitraum in einer Größenordnung zwischen 6 und 7 Mrd. US-Dollar bewegt haben. Für 2010 wird das Wachstum der libanesischen Wirtschaft nicht nur von libanesischer Seite mit 7-8% angegeben, was dem Vorhaben, die Schuldenlast zu reduzieren, dienlich sein kann (man kann die aus einem Wirtschaftswachstum erwachsenden zusätzlichen Einnahmen allerdings auch für zusätzliche Ausgaben verwenden, was nicht zuletzt in europäischen Staaten in der Vergangenheit immer wieder gemacht wurde, weshalb das Thema Verschuldung auch in Europa ein ständiges Thema ist). Der Internationale Währungsfonds (IWF) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass trotz der aktuell sehr positiven politischen und wirtschaftlichen Parameter das Pendel aber auch schnell wieder zurückschlagen kann. Über die politische Stabilität des Landes, deren nur begrenzte Nachhaltigkeit sowie vor allem über die Tatsache, dass das Land durch äußere Einflüsse relativ leicht destabilisiert werden kann, wurde nicht nur in diesem Bericht geschrieben. Sollten alte innerlibanesische Rivalitäten wieder aufbrechen oder gar neue militärische Auseinandersetzungen das Land treffen, so wäre es mit der positiven wirtschaftlichen Entwicklung der beiden zurückliegenden Jahre schnell vorbei. Darüber hinaus bleibt die libanesische Wirtschaft aber auch deshalb verwundbar, weil sie strukturelle Defizite aufweist. Insbesondere die nach wie vor bestehenden Lücken und Mängel im Bereich der Infrastruktur - und hier insbesondere im Bereich des Energiesektors - sind an dieser Stelle zu nennen. Nach den Ausgaben für Zinsen und Gehälter sind die Ausgaben für Energieimporte der drittgrößte Haushaltsposten des Libanon. Trotz der hohen Ausgaben für den Import von Energie ist das Land noch immer in großen Teilen von regelmäßigen Stromabschaltungen betroffen. Die Ursachen hierfür sind zum größten Teil die marode Infrastruktur und hier vor allem die Stromnetze und die Kraftwerke (teilweise arbeiten diese ineffizient, teilweise sind diese nach Beschädigungen im Rahmen früherer Auseinandersetzungen nicht wieder in Stand gesetzt worden, teilweise sind sie veraltet - weil man nicht in sie investiert hat und teilweise sind es auch einfach zu wenige, um dem gestiegenen Energiebedarf Rechnung tragen zu können). Um diesen Defiziten zu begegnen erklärte die Finanzministerin, dass die Investitionen von bisher

1,5% auf 3,5% des BIP erhöht werden sollen. Kenner des Libanon halten alle künftigen Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltslage nur für Stückwerk, solange die Regierung nicht ihre Steuerpolitik überdenkt bzw. modifiziert. Dies geschieht mit dem Hinweis, dass das Wachstum der libanesischen Wirtschaft seit Ende des Bürgerkrieges 1990 im Wesentlichen darauf beruht, ausländische Investitionen und Zuwendungen zu erhalten. Die teilweise hohen Wachstumsraten resultierten in der Vergangenheit weniger aus einer angemessenen Steuerpolitik und einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft denn zu großen Teilen aus den Einnahmen aus dem Tourismus-, dem Bau- und dem Bankensektor. Gerade dies macht das Land jedoch anfällig gegenüber Einflüssen von außen. 40-45% des Bruttoinlandsproduktes werden nicht im Land selbst erzeugt, sondern importiert. Dies bestätigt einmal mehr den weltweiten Ruf der Libanesen als gute Händler. Mit Blick auf die hohe Zahl der Arbeitslosen und den hohen Anteil junger Menschen wäre es allerdings sinnvoller, mehr Wertschöpfung ins Land zu holen als zu importieren, d.h. den Industriesektor und auch die Landwirtschaft auszubauen. Darüber hinaus wäre man auch weniger abhängig von äußeren Einflüssen, wenn es gelingen würde, die Kaufkraft der Bürger zu stärken.

### **2.3 Syrien:**

Mit der Entscheidung der WTO (Welthandelsgesellschaft) die Verhandlungen über eine Mitgliedschaft Syriens zu eröffnen, hat Syrien die erste Hürde auf dem Weg, Mitglied in der WTO zu werden, überwunden.

Die WTO wurde 1994 in Marokko gegründet und hat zum 01. Januar 1995 ihre Arbeit aufgenommen. Sie ist nach langjährigen Verhandlungen aus dem 'Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen', englisch 'General Agreement for Tariffs and Trade – GATT' -, hervorgegangen und ist neben der Weltbank und dem IWF (Internationaler Währungsfond) eine der drei zentralen internationalen Einrichtungen, die sich mit Fragen des internationalen Handels beschäftigt. Der Abbau von Handelshemmnissen und die Liberalisierung des internationalen Handels, an dessen Ende der internationale Freihandel stehen soll, sind die Hauptaufgaben der WTO. Gegenwärtig sind 153 Staaten, die 90% des Welthandels auf sich vereinen, Mitglied. Weitere 33 Staaten haben einen so genannten Beobachterstatus (Jordaniens ist seit April 2000 Mitglied der WTO, der Libanon genießt Beobachterstatus). Eine Besonderheit der WTO ist, dass neben den Staaten der Europäischen Union auch die EU selbst Mitglied ist. Wenn Entscheidungen - wie üblich - einstimmig gefasst werden, hat die EU eine Stimme, sollte im Ausnahmefall allerdings einmal eine Mehrheitsentscheidung anstehen, so übt die EU das Stimmrecht für alle Mitgliedsstaaten aus, d.h. in diesem Fall hat die EU 27 Stimmen (und die Stimmen der Mitgliedsstaaten entfallen). Um Mitglied werden zu können, müssen Zweidrittel der Mitglieder ihre Zustimmung geben. Das höchste Organ der WTO ist die Ministerkonferenz, in der die Mitgliedsstaaten durch ihre Wirtschafts- und Handelsminister vertreten sind.

Der syrische Botschafter Dr. Faysal Hamoui bezeichnete die Aufnahme von Verhandlungen über eine Mitgliedschaft Syriens in der WTO als einen historischen Moment, war Syrien doch bereits 1947 eines der 23 Gründungsmitglieder des Vorgängers der WTO, des 'Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens - GATT'. Seit Oktober 2001 bemüht sich Syrien um die Mitgliedschaft in der WTO. Seine diesbezüglichen Bemühungen sind in den zurückliegenden Jahren jedoch immer wieder blockiert worden - nicht zuletzt von Israel, das dafür immer wieder geopolitische Gründe ins Feld geführt hat. Die Bemühungen Syriens wurden ganz wesentlich von Ägypten unterstützt, das die Gruppe der arabischen Staaten innerhalb der WTO vertreten hat.

Weitere 29 Staaten sind derzeit bemüht, Mitglied der WTO zu werden. Das Aufnahmeverfahren dauert je nach Land zwischen drei und zehn Jahre.

Am 12. Mai 2010 hat der russische Staatspräsident Dimitri Medvedev in Damaskus den in Syrien im Exil lebenden Führer der palästinensischen Hamas, Khaled Mishaal, zu Gesprächen empfangen. Wie nicht anders zu erwarten war, hatte dies heftige Proteste Israels zur Folge.

Das israelische Außenministerium kritisierte die Gespräche aufs Heftigste. Es sprach davon, dass das Gespräch der Vorbereitung der Einbeziehung der Hamas in den Friedensprozess diene und aus diesem Grund vom türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül und seinem russischen Amtskollegen initiiert worden sei. In einer offiziellen Pressemitteilung war davon die Rede, dass zwischen den Maßnahmen der Hamas gegen Israel und dem Terror der Tschetschenen gegen Russland kein Unterschied besteht. Aus diesem Grund werde sich Israel auch jedem Versuch, die Hamas in den Friedensprozess im Nahen Osten mit einzubeziehen, widersetzen. Die israelische Seite reagierte damit auf Überlegungen der Türkei und Russlands, die Hamas aufgrund der Tatsache, dass diese durch die rechtmäßig erlangte Mehrheit bei den Parlamentswahlen vom Januar 2006 die Interessen des palästinensischen Volkes vertritt, enger in den Friedensprozess mit einzubeziehen (die Chancen hierfür sind allerdings mehr als gering, da die Hamas sowohl von den USA als auch von der EU als terroristische Vereinigung eingestuft wird).

Die Hamas und ihre Unterorganisation, die Qassam-Brigaden (nach denen die Kurzstreckenraketen benannt sind, die die Hamas für den Kampf gegen Israel entwickelt hat und derentwegen Israel u.a. das neue Raketenabwehrsystem 'Iron Dome' aus den USA erhält - siehe hierzu den Berichtsteil 'Libanon'), wurden 1986 gegründet. Sie ist aus der Muslimbruderschaft hervorgegangen was erklärt, warum die Muslimbruderschaft in Jordanien seit Jahren um eine einheitliche Haltung zur Hamas kämpft (die so genannten 'Tauben' innerhalb der Muslimbrüder in Jordanien sind gegen eine Unterstützung der Hamas, die so genannten 'Falken' dafür. Über diese Frage sind die Muslimbrüder in Jordanien mittlerweile so zerstritten, dass sie damit ihre grundsätzlich nicht schlechten Chancen bei den anstehenden Parlamentswahlen in Jordanien aufs Spiel setzen. Alle bisherigen Versuche, diese bestehende Kluft zu überwinden, müssen als mehr oder weniger gescheitert bezeichnet werden). Die Hamas lehnt eine Zwei-Staaten-Lösung ab und sie fordert in ihrer Charta nach wie vor, dass der Staat Israel beseitigt und stattdessen ein islamischer Gottesstaat errichtet werden soll. Auch wenn die Hamas diese Forderung im Wahlkampf 2006 nicht weiter erhoben hat und ihr Führer, Khaled Mishaal, sich in 2009 sogar dahingehend geäußert haben soll, dass die Hamas mit den USA kooperieren und einen Staat Israel in den Grenzen von 1967 akzeptieren würde, wenn den Palästinensern im Gegenzug ein unabhängiger Staat mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt zugesagt werden würde und darüber hinaus alle palästinensischen Flüchtlinge nach Palästina zurückkehren dürften, glauben die wenigsten an die Aufrichtigkeit dieser Worte. Nicht zuletzt der offene Machtkampf mit der früher regierenden Fatah von Yassir Arafat, der faktisch zu einer Spaltung der Palästinensischen Autonomiegebiete geführt hat, ist noch in guter Erinnerung.

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ  
Autor: Thomas Gebhard, Projektleiter Jordanien, Libanon, Syrien  
Lazarettstrasse 33 - 80636 München -  
Tel.: +49 (0)89 1258-0 - Fax: +49 (0)89 1258-359  
E-Mail: [grundsatzreferat@hss.de](mailto:grundsatzreferat@hss.de) - Homepage: [www.hss.de](http://www.hss.de)  
Erstellt am: 29. Juli 2010